

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Aaron Valent, Clara Bünger, Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/5403 –**

Justiz unter strukturellem Überlastungsdruck

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit mehreren Jahren warnen Fachverbände, insbesondere der Deutsche Richterbund (DRB), vor einer strukturellen Überlastung der Strafjustiz in Deutschland. Steigende Verfahrenszahlen, zunehmende Komplexität insbesondere bei Wirtschafts-, Cyber- und Sexualstrafverfahren, eine unzureichende personelle Ausstattung sowie hohe bürokratische Anforderungen führen nach Einschätzung von Praktikern zu erheblichen Verzögerungen. Es wurde auf wachsende Verfahrensdauern und strukturelle Überlastungstendenzen hingewiesen (vgl. beck-aktuell, „Justiz-Check: Gerichte am Limit“, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/justiz-check-gerichte-verfahren-dauer-ueberlastung-statistik-massenverfahren>).

Der Deutsche Richterbund erklärte am 11. Februar 2026, zum Jahresende 2025 seien bundesweit erstmals mehr als 1 Million Strafverfahren bei den Staatsanwaltschaften in Bearbeitung gewesen. Zudem seien im Jahr 2025 insgesamt 50 dringend Tatverdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil Verfahren nicht mit der gebotenen Beschleunigung durchgeführt werden konnten. Nach Angaben des DRB handelt es sich dabei regelmäßig um schwerwiegende Vorwürfe wie Tötungsdelikte, Vergewaltigungen oder schwere Körperverletzungen (vgl. RP Online, 11. Februar 2026: „Richterbund: Erstmals mehr als eine Million offene Verfahren“, https://rp-online.de/politik/deutschland/richterbund-erstmals-mehr-als-eine-million-offene-verfahren_n_aid-143695823).

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit erregte im Februar 2026 eine Justizpanne am Landgericht Berlin. Ein 28-jähriger Mann war im Juni 2025 nach rund 33 Verhandlungstagen wegen Vergewaltigung in drei Fällen sowie weiterer Gewaltdelikte zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Das Urteil wurde jedoch nicht rechtskräftig. Das Revisionsverfahren konnte nicht betrieben werden, weil das schriftliche Protokoll nicht fristgerecht fertiggestellt wurde. Infolgedessen kam der Verurteilte frei; die ehemalige Partnerin steht seither unter Polizeischutz (vgl. Tagesspiegel, 11. Februar 2026, www.tagesspiegel.de/berlin/justizpanne-um-gefaehrlichen-vergewaltiger-in-berlin-verurteilter-kommt-trotz-hohem-hafturteil-frei--weil-ein-richter-akten-verschleppte-15237980.html).

Vor dem Hintergrund der am 10. Februar 2026 veröffentlichten Dunkelfeldstudie „LeSuBiA“ (Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag) wiegt ein solcher Vorgang besonders schwer. Der Studie zufolge werden lediglich unter 5 Prozent der Gewalttaten in Partnerschaften zur Anzeige gebracht. Als zentrale Gründe werden fehlendes Vertrauen in Sicherheitsbehörden, geringe Erfolgsaussichten vor Gericht sowie Angst vor Retraumatisierung genannt (vgl. Tagesschau, 10. Februar 2026, www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/dunkelfeldstudie-betroffene-gewalt-100.html; www.deutschlandfunk.de/haeusliche-gewalt-lesubia-dunkelfeldstudie-bka-dobrindt-prien-100.html).

Zudem wurde Anfang 2026 bekannt, dass das Bezirksamt Berlin-Mitte personenbezogene Daten von mehr als 700 Kandidaten der Schöffenvwahl 2024 öffentlich zugänglich gemacht hatte. Die Daten waren aufgrund eines Verfahrensfehlers im Jahr 2023 für mehrere Wochen einsehbar (vgl. [netzpolitik.org, 2026, https://netzpolitik.org/2026/datenpanne-bei-schoeffenwahl-in-berlin-exponiert-im-ehrenamt/](https://netzpolitik.org/2026/datenpanne-bei-schoeffenwahl-in-berlin-exponiert-im-ehrenamt/)).

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter übernehmen eine zentrale Funktion im deutschen Rechtsstaat. Sie sind aufgrund ihrer Mitwirkung an (Straf-)Urteilen potenziell besonderen Anfeindungen und Gefährdungen ausgesetzt. Der Schutz ihrer personenbezogenen Daten ist daher von besonderer rechtsstaatlicher Bedeutung.

Die geschilderten Entwicklungen nähren nach Ansicht der Fragestellenden die Sorge, dass strukturelle Defizite in der personellen und finanziellen Ausstattung der Justiz sowie organisatorische Schwächen zu einer faktischen Priorisierung und Selektion von Strafverfolgung führen. Eine solche Entwicklung kann das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats nachhaltig beeinträchtigen.

1. Wie viele Strafverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren gemäß den §§ 153 und 153a der Strafprozessordnung (StPO) wegen Geringfügigkeit mit oder ohne Auflagen eingestellt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Statistische Daten zu den erledigten Ermittlungsverfahren und gerichtlichen Strafverfahren enthalten die Statistik der Staatsanwaltschaften und der Statistik der Strafgerichte, die jährlich durch das Statistische Bundesamt herausgegeben werden. Die Statistik der Strafgerichte erfasst die Erledigungen jeweils getrennt für die Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte sowie für die Instanzen. Die verfügbaren Daten zu den gemäß §§ 153, 153a der Strafprozessordnung (StPO) eingestellten Ermittlungsverfahren und gerichtlichen Strafverfahren für die Jahre 2015 bis 2024 können den Anlagen „Ermittlungsverfahren.xlsx“ und „Strafverfahren.xlsx“ entnommen werden.* Für das Berichtsjahr 2025 liegen noch keine Daten vor.

2. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die durchschnittliche Verfahrensdauer von Strafverfahren in erster Instanz (bitte nach Bundesländern und Deliktgruppen aufschlüsseln)?

Angaben zur durchschnittlichen Dauer der Strafverfahren erster Instanz enthält ebenfalls die Statistik der Strafgerichte (Herausgeber Statistisches Bundesamt). Die Angaben zur Verfahrensdauer werden jeweils getrennt für die erstinstanzlichen Verfahren der Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte getrennt ausgewiesen. Nach Deliktgruppen aufgeschlüsselte Daten liegen nicht vor. Die verfügbaren Daten zur durchschnittlichen Dauer der erstinstanzlichen Strafverfahren der Jahre 2015 bis 2024 können der Anlage „Verfahrensdau-

* Von einer Drucklegung der Anlagen wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/5730 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

er.xlsx“ entnommen werden.* Für das Berichtsjahr 2025 liegen noch keine Daten vor.

3. In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren eine überlange Dauer eines strafrechtlichen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahrens gemäß den §§ 198 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) festgestellt und eine Entschädigung zugesprochen (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
4. In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Haftsachen ein Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Beschleunigungsgebot festgestellt?
5. Wie viele dringend Tatverdächtige wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren aufgrund überlanger Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen (bitte nach Jahren, Bundesländern und Deliktsarten aufschlüsseln)?

Die Fragen 3 bis 5 werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse zu den in die Zuständigkeit der Länder fallenden Verfahren vor. Bundesweite Statistiken werden zu den erfragten Daten nicht geführt.

6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über strukturelle Ursachen für Verzögerungen in Haftsachen vor?

Der Bundesregierung liegen keine über öffentliche Quellen hinausgehenden Informationen über eventuelle strukturelle Ursachen für Verzögerungen in Haftsachen vor.

7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Richter, Staatsanwälte und Beschäftigten im nichtrichterlichen Dienst in der Strafsjustiz in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die amtliche Statistik zum Personalbestand der ordentlichen Gerichte differenziert nicht nach Zivil- und Strafsachen. Der Bundesregierung liegen für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst Daten zur durchschnittlichen Personalverwendung für Strafsachen in Arbeitskraftanteilen vor. Welcher Anteil der Arbeitskraft von nicht-richterlichen Beschäftigten auf Strafsachen entfällt, lässt sich den Übersichten zur Personalverwendung nicht entnehmen. Die verfügbaren Daten für die Berichtsjahre 2015 bis 2024 können der Anlage „Personalverwendung.xlsx“ entnommen werden.** Für das Berichtsjahr 2025 liegen noch keine Daten vor.

8. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Personalbedarfs in der Justiz?

Hinsichtlich der personellen Ausstattung der Länderjustizen liegen der Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse vor. Die Länder sehen ausweislich eines Beschlusses der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/5730 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

** Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/5730 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

5./6. Juni 2025 einen Bedarf von mindestens 2 000 neuen Stellen für den richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst sowie der in der Folge notwendigen zusätzlichen neuen Stellen im Bereich des nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Personals in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

9. Welche finanziellen Mittel hat der Bund den Ländern in den vergangenen zehn Jahren zur Stärkung der Justiz zur Verfügung gestellt (bitte nach Programmen und Haushaltsjahren aufschlüsseln)?

Im Rahmen des (ersten) Pakts für den Rechtsstaat 2018 hat der Bund den Ländern insgesamt 220 Mio. Euro für den Aufbau von 2 000 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zur Verfügung gestellt. Die Mittel wurden den Ländern in zwei Tranchen von jeweils 110 Mio. Euro (2019 und 2021) bereitgestellt.

In den Haushaltsjahren 2023 bis 2026 stellt der Bund in der sogenannten Digitalisierungsinitiative für die Justiz bis zu 200 Mio. Euro, also jährlich etwa 50 Mio. Euro, für die weitere Digitalisierung der Justiz bereit.

10. Plant die Bundesregierung eine Weiterentwicklung oder Neuauflage bundesweiter Unterstützungsprogramme zur personellen Stärkung der Justiz, wenn ja, in welchem Umfang, und in welchem Zeitraum?

Die Fragen 10 und 20 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach dem Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode ist der Abschluss eines neuen Pakts für den Rechtsstaat mit den Ländern geplant. In diesem Zuge sollen in den Jahren 2027 bis 2029 neben 210 Mio. Euro für die Digitalisierung weitere 240 Mio. Euro für die personelle Stärkung der Justiz bereitgestellt werden. Die Verhandlungen mit den Ländern zu den Modalitäten des geplanten Pakts dauern noch an.

11. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Einführung der elektronischen Akte in Strafverfahren in den einzelnen Bundesländern?

Mit dem Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) wurde zum 1. Januar 2026 die verbindliche elektronische Aktenführung in der Justiz vorgesehen. Die Landesregierungen können aber durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Akten abweichend von § 32 Absatz 1 Satz 1 und 2 der StPO bis einschließlich 31. Dezember 2026 in Papierform angelegt sowie von anderer Stelle bis einschließlich 31. Dezember 2026 übermittelte elektronische Akten in Papierform geführt oder weitergeführt werden (§ 15 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung). Nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung haben lediglich zwei Länder im Kernstrafbereich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

12. Welche organisatorischen, technischen oder gesetzlichen Maßnahmen bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zur Sicherstellung der fristgerechten Urteilsabsetzung und Protokollfertigung in Strafverfahren, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung?

Gemäß § 275 Absatz 1 Satz 1 StPO ist das Urteil unverzüglich zu den Akten zu bringen. Dies muss nach Satz 2 spätestens fünf Wochen nach der Verkündung

geschehen, wobei sich die Frist um zwei Wochen verlängert, wenn die Hauptverhandlung länger als drei Tage gedauert hat. Sie verlängert sich um weitere zwei Wochen je begonnenen Abschnitt von zehn Hauptverhandlungstagen.

Die Frist darf nur überschritten werden, wenn und solange das Gericht durch einen im Einzelfall nicht voraussehbaren unabwendbaren Umstand an ihrer Einhaltung gehindert worden ist.

Technische und organisatorische Maßnahmen zur Einhaltung der Urteilsabsetzungsfrist fallen in die Zuständigkeit der Länder.

13. Welche gesetzgeberischen Maßnahmen zur strukturellen Beschleunigung umfangreicher Strafverfahren wurden seit Beginn der laufenden Legislaturperiode ergriffen oder sind geplant?

Die Bundesregierung hat im September 2025 eine Expertenkommission aus Wissenschaft und Praxis unter Beteiligung der Länder zur Reform der Strafprozessordnung eingesetzt. Ziel der Kommissionsarbeiten und der anschließenden gesetzgeberischen Umsetzung der Ergebnisse der Kommission ist es, durch eine effizientere Verfahrensstruktur und verbesserte Abläufe unnötige Verzögerungen zu vermeiden und die Bearbeitungszeit insgesamt zu verkürzen. Die Ergebnisse und Vorschläge der Kommission liegen noch nicht vor. Der Abschlussbericht der Kommission soll bis zum Ende des Jahres 2026 vorliegen, damit die Umsetzung noch in dieser Legislatur erfolgen kann.

14. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um das Vertrauen von Opfern häuslicher und sexualisierter Gewalt in die Strafverfolgungsbehörden zu stärken?

Die Bundesregierung hat am 25. März 2026 die Einbringung eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Verletzten insbesondere schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten auf psychosoziale Prozessbegleitung in das parlamentarische Verfahren beschlossen (Bundesratsdrucksache 181/26). Mit dem Entwurf soll die psychosoziale Prozessbegleitung, die sich als ein wertvolles Instrument zur Reduzierung von den mit einem Strafverfahren verbundenen Belastungen von Opfern von Gewalt- und Sexualstraftaten etabliert hat, erweitert und ihre Durchführung in der Praxis verbessert werden.

Die bisher erforderliche Darlegung der besonderen Schutzbedürftigkeit soll künftig bei Opfern von Sexualstraftaten und anderen schweren Gewalttaten, deren Vorliegen zur Inanspruchnahme von psychosozialer Prozessbegleitung berechtigt, entfallen. Daneben sieht der Gesetzentwurf insbesondere auch die Verbesserung der Situation von Opfern häuslicher Gewalt im Strafverfahren vor. So sollen diese Opfer in gravierenden Fällen zukünftig Anspruch auf für sie kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung und auf Beiordnung eines anwaltlichen Beistands haben.

15. Welche besonderen Schutzmaßnahmen bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung, wenn Verurteilungen aufgrund formaler Versäumnisse nicht rechtskräftig werden und konkrete Gefährdungslagen entstehen?

Die Gefahrenabwehr liegt in der Zuständigkeit der Länder.

16. Welche empirischen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Zusammenhang zwischen Verfahrensdauer, Einstellungspraxis und Anzeigebereitschaft bei Gewalt in Partnerschaften vor?

Mit der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ (LeSuBiA) werden Daten zu Gewalterfahrungen von Menschen in Deutschland erhoben. Das Themenheft I (abzurufen auf der Internetseite des Bundeskriminalamtes) widmet sich der Auswertung der Gewaltbetroffenheit sowie der Anzeigebereitschaft. Zudem wird noch in diesem Jahr die Veröffentlichung des Themenheftes II erwartet, in dem dann die Erfahrungen mit der Inanspruchnahme des Sicherheits- und Hilfesystems von Polizei, Justiz, Medizin und Opferhilfe infolge von Gewalterfahrungen ausgewertet werden. Empirische Erkenntnisse hinsichtlich eines Zusammenhangs zwischen Verfahrensdauer, Einstellungspraxis und Anzeigebereitschaft bei Gewalt in Partnerschaften liegen der Bundesregierung nicht vor.

17. Welche bundeseinheitlichen Mindeststandards bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung für den Schutz personenbezogener Daten von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern, und plant die Bundesregierung insoweit gesetzliche Anpassungen?

Hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern gelten die allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften, die sich unter anderem aus der Datenschutz-Grundverordnung, dem Bundesdatenschutzgesetz sowie dem jeweiligen Landesrecht ergeben. In den jeweiligen Verfahrensordnungen bestehen keine speziellen bundesrechtlichen datenschutzrechtlichen Vorschriften zum Schutz von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern.

18. Welche strukturellen Risiken für die gleichmäßige und effektive Strafverfolgung erkennt die Bundesregierung vor dem Hintergrund steigender Verfahrenszahlen und begrenzter personeller Ressourcen?

Die Strafverfolgung fällt überwiegend in die Zuständigkeit der Länder. Hinsichtlich des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (GBA) erkennt die Bundesregierung kein strukturelles Risiko. In Anerkennung der bestehenden Belastung der Justiz ist der in Antwort zu Fragen 10 und 20 genannte Abschluss eines neuen Pakts für den Rechtsstaat mit den Ländern geplant.

19. Welche Maßnahmen ergreift oder plant die Bundesregierung, um zu gewährleisten, dass der Umfang und die Intensität der Strafverfolgung nicht von der jeweiligen personellen oder finanziellen Ausstattung einzelner Länder abhängig sind?

Die Fragen 19, 21 und 22 werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die Strafverfolgung liegt mit Ausnahme der in die Zuständigkeit des GBA fallenden Verfahren in der Zuständigkeit der Länder. Der GBA ist personell und finanziell zur Gewährleistung der Strafverfolgung ausgestattet.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission aus Wissenschaft und Praxis unter Beteiligung der Länder erarbeitet Vorschläge für eine effizientere Verfahrensstruktur und verbesserte Abläufe, wodurch unnötige Verzögerungen vermieden werden sollen und die Bearbeitungszeit insgesamt verkürzt werden soll. Die konkrete Umsetzung einer eventuellen Gesetzesände-

rung infolge der Ergebnisse der Expertenkommission obliegt den Ländern. Überdies wird auf die Antwort zu den Fragen 10 und 20 verwiesen.

20. Wie stellt die Bundesregierung im Rahmen des geplanten Pakts für den Rechtsstaat konkret sicher, dass die Bundesmittel – soweit dies der Vorgabe entspricht – ausschließlich für zusätzliche Stellen verwendet werden, und welche Sanktions- oder Rückförderungsmöglichkeiten sind vorgesehen, wenn Länder die Mittel nicht zweckentsprechend einsetzen?

Die Fragen 10 und 20 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

siehe Antwort Frage 10

21. Welche quantifizierbaren Zielmarken (z. B. Reduzierung anhängiger Verfahren, maximale Verfahrensdauer, Personalaufwuchs) setzt sich die Bundesregierung zur messbaren Entlastung der Strafjustiz?

Die Fragen 19, 21 und 22 werden gemeinsam beantwortet.

siehe Antwort Frage 19

22. In welchem Zeitraum soll nach Vorstellung der Bundesregierung eine spürbare Reduzierung der strukturellen Überlastung der Strafjustiz erreicht werden?

Die Fragen 19, 21 und 22 werden gemeinsam beantwortet.

siehe Antwort Frage 19

Anlage 1 zu der Frage 1 der Kleinen Anfrage 21/5403

Nach §§ 153 und 153a StPO eingestellte Ermittlungsverfahren

2024	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	577.586	45.192	55.038	35.088	27.044	8.172	19.751	57.566	12.867	45.248	140.626	32.405	6.819	35.012	15.963	26.928	13.867
153a	158.892	19.449	20.763	4.762	7.304	2.538	6.000	13.008	4.405	18.026	33.995	11.038	503	5.195	4.258	5.258	2.390
2023	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	562.818	44.560	62.715	32.224	21.550	7.905	19.826	55.425	12.375	42.460	136.822	29.811	7.361	29.841	20.726	25.264	13.953
153a	161.637	19.920	21.825	4.801	6.468	2.418	7.247	13.338	4.493	18.376	33.780	10.895	507	5.124	4.367	5.821	2.257
2022	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	458.859	34.235	47.124	29.256	15.730	6.677	17.794	49.111	8.868	36.313	120.507	24.350	5.885	19.360	11.810	20.871	10.968
153a	155.352	18.940	20.892	4.729	5.795	2.027	7.166	11.709	4.161	18.136	33.423	10.551	468	4.866	4.648	5.624	2.217
2021	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	403.114	29.414	34.498	24.566	13.605	6.704	16.430	47.004	8.156	34.174	107.142	21.181	5.076	14.052	11.938	18.930	10.244
153a	148.979	17.832	21.089	4.456	6.155	2.189	6.775	11.715	4.129	17.612	30.165	9.895	417	4.933	4.242	5.258	2.117
2020	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	448.521	32.039	35.937	25.326	14.579	7.699	18.281	52.584	8.803	36.725	119.845	22.092	5.051	15.145	21.568	21.927	10.920
153a	158.306	18.245	22.371	4.293	5.932	2.401	6.478	15.066	4.444	18.638	32.640	10.568	470	4.806	4.149	5.707	2.098
2019	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	454.927	34.916	43.106	27.520	13.881	6.737	17.236	53.190	9.191	37.218	123.463	22.964	5.484	15.858	12.398	21.375	10.390
153a	163.757	18.941	25.491	5.043	5.575	2.415	5.797	15.249	4.352	18.911	33.964	10.895	473	4.425	4.379	5.774	2.073
2018	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	454.927	34.916	43.106	27.520	13.881	6.737	17.236	53.190	9.191	37.218	123.463	22.964	5.484	15.858	12.398	21.375	10.390
153a	163.757	18.941	25.491	5.043	5.575	2.415	5.797	15.249	4.352	18.911	33.964	10.895	473	4.425	4.379	5.774	2.073
2017	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	518.737	41.891	50.483	24.716	19.515	6.712	17.542	52.985	10.058	41.789	126.955	29.712	7.007	21.568	32.127	22.637	13.040
153a	165.967	18.176	25.165	5.159	5.896	2.403	5.939	15.099	3.839	19.348	34.228	11.130	594	5.152	5.056	6.568	2.215
2016	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	745.743	44.035	212.326	29.484	13.061	9.525	22.347	63.876	16.079	46.129	139.626	41.795	10.152	29.522	20.554	32.372	14.860
153a	169.922	18.110	25.394	5.142	6.042	2.629	6.146	14.577	3.926	20.718	36.174	11.410	614	4.960	5.072	6.669	2.339
2015	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
153	668.524	49.221	165.895	25.757	13.226	6.686	19.408	55.123	12.580	52.187	143.449	31.433	9.516	25.669	18.738	25.436	14.200
153a	170.952	18.827	24.279	5.440	6.354	2.505	5.964	14.374	3.965	21.067	37.447	11.508	579	4.945	5.270	5.997	2.431

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie/Statistische Berichte "Staatsanwaltschaften"

Anlage 2 zu der Frage 1 der Kleinen Anfrage 21/5403

Nach §§ 153 und 153a StPO eingestellte Strafverfahren (Summe aller Instanzen)

2024	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	28.326	2.696	3.420	1.291	681	453	468	2.228	425	2.555	9.092	1.219	477	1.081	587	700	953
§ 153a	49.737	5.146	5.680	2.676	2.133	523	1.033	3.424	927	4.117	13.923	2.035	749	3.055	1.099	1.391	1.826
2023	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	27.950	2.445	3.422	1.403	689	423	465	2.310	428	2.509	8.827	1.168	386	1.132	581	695	1.067
§ 153a	49.028	4.800	5.388	3.424	2.106	462	1.097	3.215	904	4.019	13.184	2.018	684	3.155	1.143	1.461	1.968
2022	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	26.911	2.256	3.058	1.380	766	426	464	2.144	468	2.406	8.680	1.093	364	1.086	612	755	953
§ 153a	47.921	4.632	5.125	3.295	2.198	510	1.230	3.092	819	3.952	13.539	1.819	625	2.861	1.085	1.359	1.780
2021	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	29.161	2.472	3.348	1.476	838	421	570	2.402	458	2.589	9.175	1.176	342	1.200	724	887	1.083
§ 153a	50.002	5.090	5.228	3.543	2.288	444	1.314	3.493	840	4.031	13.399	2.054	586	2.966	1.111	1.619	1.996
2020	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	29.439	2.578	3.207	1.503	947	471	594	2.239	448	2.737	9.361	1.217	388	1.081	680	889	1.099
§ 153a	50.035	4.878	5.386	3.257	2.546	502	1.345	3.314	961	3.972	14.147	1.946	673	2.706	1.027	1.450	1.925
2019	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	31.081	2.591	3.379	1.570	972	411	689	2.475	512	2.983	10.193	1.306	344	1.030	691	860	1.075
§ 153a	54.214	5.297	5.890	3.425	2.681	510	1.606	3.465	997	4.174	16.025	2.131	663	2.717	1.117	1.488	2.028
2018	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	31.231	2.474	3.391	1.596	1.166	426	704	2.483	520	3.018	9.926	1.444	353	978	742	829	1.181
§ 153a	52.558	4.663	5.831	3.313	2.885	529	1.457	3.353	1.018	4.287	15.351	2.021	658	2.775	1.097	1.365	1.955
2017	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	31.245	2.291	3.265	1.591	1.088	433	694	2.549	487	3.070	10.210	1.380	330	1.037	724	940	1.156
§ 153a	53.001	4.511	6.194	3.518	3.044	487	1.314	3.393	1.000	4.244	15.428	1.919	550	2.855	1.102	1.456	1.986
2016	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	31.868	2.397	3.285	1.698	1.211	443	747	2.537	517	3.144	10.120	1.489	343	1.068	746	932	1.191
§ 153a	53.492	4.634	6.283	3.691	3.118	477	1.504	3.358	1.146	4.611	14.564	2.072	509	2.939	1.065	1.572	1.949
2015	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
§ 153	33.416	2.464	3.391	1.906	1.216	401	806	2.421	573	3.266	10.756	1.479	367	1.207	885	1.057	1.221
§ 153a	55.048	4.669	6.500	3.902	3.102	481	1.659	3.360	1.117	4.476	15.228	2.194	586	3.002	1.187	1.578	2.007

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie/Statistische Berichte "Strafgerichte"

Anlage 3 zu der Frage 2 der Kleinen Anfrage 21/5403

Durchschnittliche Dauer der erstinstanzlichen Strafverfahren

Amtsgerichte	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2024	5,1	3,9	3,7	4,3	6,0	6,7	6,1	6,7	4,6	5,6	5,4	5,4	5,9	5,8	6,0	5,1	5,5
2023	5,0	3,8	3,5	4,0	5,9	7,4	5,9	6,4	4,3	5,5	5,3	5,4	4,8	5,8	6,1	4,9	5,7
2022	5,1	3,9	3,5	4,2	6,1	7,8	6,0	6,7	4,4	5,3	5,5	5,1	4,5	6,1	6,0	5,0	5,8
2021	5,0	3,8	3,5	4,2	7,4	7,5	5,7	6,6	4,2	5,3	5,3	5,1	4,5	5,8	6,0	5,3	5,5
2020	4,6	3,5	3,3	4,0	6,6	6,6	5,0	6,1	4,5	4,8	4,7	4,7	4,4	5,1	5,7	5,3	4,9
2019	4,3	3,3	3,0	3,6	6,3	6,2	4,7	5,5	4,0	4,4	4,4	4,4	4,5	4,8	5,1	4,9	5,0
2018	4,2	3,4	2,9	3,5	5,9	5,9	4,4	5,4	4,2	4,3	4,2	4,4	4,5	4,5	4,9	5,0	4,9
2017	4,0	3,3	2,9	3,4	5,3	5,3	4,1	5,4	4,1	4,2	4,2	4,2	4,5	4,2	4,5	4,8	4,7
2016	3,9	3,3	2,8	3,3	5,0	4,7	3,9	5,3	4,0	4,2	4,1	4,1	4,7	4,2	4,5	4,7	4,8
2015	4,0	3,2	2,9	3,1	5,2	4,7	3,9	5,0	4,3	4,2	4,1	4,2	4,6	4,3	4,7	4,9	4,8

Landgerichte	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2024	8,5	5,9	5,7	6,3	11,5	13,3	9,3	11,7	9,6	9,3	9,1	8,0	6,4	8,6	7,8	10,6	11,7
2023	8,4	6,1	5,7	7,5	12,4	14,9	9,9	10,5	7,6	8,5	8,6	8,4	5,7	9,1	7,5	9,7	12,3
2022	8,6	6,5	6,1	7,9	16,3	11,4	8,0	10,3	10,1	8,7	8,4	9,0	6,5	7,7	7,9	22,5	10,8
2021	8,2	6,9	6,4	7,6	15,8	14,2	6,6	10,1	8,8	9,5	7,9	8,1	6,9	7,9	7,5	7,7	7,6
2020	8,1	6,1	6,5	9,2	12,1	16,6	6,4	9,7	9,9	8,7	8,4	7,3	5,4	7,6	8,5	7,1	8,3
2019	8,0	6,5	6,0	9,5	10,8	12,1	7,1	9,1	8,2	8,2	8,9	7,1	5,0	7,8	6,8	6,7	8,0
2018	7,8	6,3	6,5	8,7	10,2	9,3	6,6	10,0	12,6	8,8	8,2	6,6	5,2	7,5	7,1	7,3	6,4
2017	7,7	6,6	6,0	7,6	13,0	7,3	6,3	9,5	7,6	8,0	8,8	6,4	4,5	6,8	7,6	9,1	6,1
2016	7,4	6,5	6,0	8,0	11,4	6,6	7,2	8,6	8,2	7,8	7,9	6,4	5,4	6,6	7,4	8,0	5,3
2015	7,3	6,9	6,3	8,1	11,0	9,5	7,3	7,1	7,6	7,9	7,8	6,6	6,3	6,4	5,3	8,4	6,8

Oberlandes-gerichte	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2024	8,1	9,9	8,9	6,2	-	-	3,5	10,9	-	11,1	6,0	5,4	-	9,7	11,2	-	8,7
2023	11,0	11,5	16,3	14,3	-	-	5,6	13,9	-	9,7	11,4	7,4	-	24,6	4,1	5,2	4,2
2022	11,3	10,4	13,4	11,8	-	-	4,2	11,1	-	18,4	11,0	12,3	-	5,2	10,2	4,8	-
2021	11,0	10,9	18,8	19,4	-	-	4,7	7,1	-	18,8	10,8	5,4	-	6,2	8,2	1,1	-
2020	12,1	19,9	22,7	6,7	-	-	5,5	10,1	-	5,9	11,7	5,0	-	11,6	-	-	0,0
2019	9,1	6,2	7,4	19,8	-	-	9,6	9,1	-	7,6	10,9	6,2	-	7,0	-	-	5,5
2018	11,1	7,4	9,3	10,2	-	-	6,0	-	-	13,0	18,8	-	-	7,7	-	-	0,8
2017	14,0	11,7	13,9	7,2	-	-	4,9	0,0	-	4,8	23,3	5,4	-	-	-	-	18,2
2016	9,5	10,3	4,9	4,8	-	-	3,2	14,3	-	7,1	11,5	-	-	-	-	-	-
2015	14,8	28,8	5,9	7,9	-	-	5,5	24,7	-	-	19,9	4,1	-	-	-	-	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie/Statistische Berichte "Strafgerichte"

Anlage 4 zu der Frage 7 der Kleinen Anfrage 21/5403

Durchschnittliche Personalverwendung für Strafsachen bei den ordentlichen Gerichten in Arbeitskraftanteilen

richterlicher Dienst	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2024	4.040,67	446,60	562,47	180,85	109,55	52,86	173,29	323,51	70,06	358,19	980,81	190,56	48,74	209,27	97,39	124,72	111,80
2023	4.132,42	440,73	550,27	264,78	109,33	52,52	167,87	310,13	70,54	386,19	989,54	194,85	47,74	213,57	103,64	120,05	110,67
2022	4.008,73	437,46	535,65	263,37	112,79	52,21	161,43	292,06	70,34	340,46	971,04	184,83	47,68	212,22	99,54	116,59	111,06
2021	4.013,05	436,26	544,11	263,20	112,68	50,61	158,30	285,82	71,67	351,69	965,10	183,57	51,47	211,33	100,10	115,88	111,27
2020	3.962,00	437,90	545,95	260,28	108,27	46,46	153,87	280,44	71,30	351,98	953,87	176,19	46,52	210,89	101,37	110,13	106,58
2019	3.912,83	447,70	541,07	257,25	105,27	45,90	150,52	280,49	70,93	338,68	933,06	178,79	44,43	213,96	94,39	105,20	105,19
2018	3.811,63	425,25	539,33	245,68	101,92	46,64	150,77	267,33	69,82	327,98	923,71	173,33	43,42	202,05	91,49	100,21	102,70
2017	3.710,00	398,07	531,06	243,86	98,93	41,82	137,45	263,13	66,52	325,36	901,55	171,95	42,86	198,95	92,44	97,56	98,49
2016	3.582,96	388,53	515,75	231,58	102,53	39,78	123,60	252,04	65,05	324,65	844,83	169,20	42,26	194,99	91,44	98,76	97,97
2015	3.485,90	381,39	493,07	224,09	100,23	37,10	119,95	239,45	72,43	315,06	822,20	158,91	41,66	194,16	91,48	99,34	95,38

Durchschnittliche Personalverwendung für Ermittlungs-, Straf- und Bußgeldsachen bei den Staatsanwaltschaften in Arbeitskraftanteilen

staats-/ amtsanwalt-schaftl. Dienst	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2024	6.398,28	722,30	790,59	423,62	219,69	72,05	228,25	498,45	132,65	601,13	1.450,10	310,22	67,95	301,81	188,54	224,00	166,93
2023	6.118,61	700,92	750,10	391,53	216,49	67,97	214,68	483,42	131,50	588,18	1.347,48	304,28	64,25	294,04	182,20	215,82	165,75
2022	5.914,57	673,74	710,75	393,74	206,22	65,48	216,28	457,83	126,15	574,19	1.306,41	295,97	61,85	285,43	173,56	201,76	165,21
2021	5.858,52	647,63	713,96	387,02	213,83	64,84	224,81	435,33	127,56	574,95	1.303,80	286,76	59,01	278,21	176,91	196,07	167,83
2020	5.731,38	632,39	694,55	379,36	194,73	65,25	211,87	429,58	126,26	569,14	1.277,55	281,32	59,18	279,79	175,16	192,86	162,38
2019	5.604,08	612,96	682,38	374,19	197,66	63,30	190,47	408,96	124,11	566,75	1.234,19	281,82	60,12	283,15	172,20	190,47	161,35
2018	5.456,25	608,73	654,80	371,56	181,28	62,62	191,26	410,45	119,30	536,12	1.187,71	288,74	56,94	281,69	158,55	187,68	158,82
2017	5.309,22	566,26	640,39	363,99	182,20	59,65	178,88	399,65	118,13	517,47	1.170,06	268,48	51,52	287,62	163,71	184,23	156,98
2016	5.169,82	536,03	620,46	377,40	195,19	55,74	176,02	392,13	116,24	527,10	1.077,40	271,15	51,12	275,65	162,78	181,64	153,77
2015	5.037,09	514,87	596,48	360,17	193,40	54,48	168,29	389,63	114,69	519,60	1.069,65	271,01	49,87	258,37	159,44	173,00	144,14

Quelle: Bundesamt für Justiz

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.